

## PRESSEAUSSENDUNG

### **„Bremsdefekt!“ Städtebund Kärnten vom Modell der Bundes-Mietpreisbremse schwer enttäuscht**

**„Too little, too late“ sei der Plan des Bundes, Mieten künftig um höchstens fünf Prozent steigen zu lassen. Das Städtebund-Modell mit maximal 2,5 Prozent sei wesentlich besser für die Menschen. Heftige Kritik gibt es auch an einem Gebührenstopp in den Gemeinden, den der Bund angekündigt hat.**

Der Städtebund Kärnten zeigt sich enttäuscht von der medial kolportierten Mietpreisbremse der Bundesregierung. Eine Limitierung auf maximal fünf Prozent Mieterhöhung pro Jahr sei „too little, too late“, wie Obmann Günther Albel sagt. „Nach bis zu 25 Prozent Erhöhung in den vergangenen eineinhalb Jahren kommt die Bundesregierung viel zu spät in die Gänge, um den Menschen endlich zu helfen. Und dann bietet sie so eine halbherzige Preisbremse an, der man auch mit gutem Willen einen Bremsdefekt attestieren muss.“

Albel und seine Stellvertreter Christian Scheider (Bürgermeister von Klagenfurt), Martin Kulmer (St. Veit) und Hannes Primus (Wolfsberg) verweisen auf das viel effizientere Modell des Städtebundes Kärnten. Dort habe man bereits im April eine Lösung erarbeitet, die Menschen tatsächlich hilft. Für heuer und 2024 wurde eine maximale Mieterhöhung von 2,5 Prozent beschlossen. Klagenfurt, Villach, Wolfsberg und St. Veit haben diese Modell bereits beschlossen. Rund 20.000 Menschen in stadteigenen Wohnungen profitieren davon.

#### **Kritik an Gebühren-Schnellschuss**

Auch eine zweite Ankündigung der Bundesregierung sorgt beim Städtebund für Kopfschütteln. Im kommenden Jahr - soweit der derzeit dürftige Informationsstand - sollen Städte und Gemeinden auf Gebührenerhöhungen verzichten. Dafür erhalten sie vom Bund 150 Millionen Euro als Ausgleichszahlung. „Dies ist ein nicht zu Ende gedachter Schnellschuss“, sagt Albel. Zwar wäre damit der Gebührententfall für 2024 geregelt. Aber was passiert danach? Die fehlende Erhöhung werde ja als Defizit von Jahr zu Jahr mitgenommen, geben Albel, Scheider, Kulmer und Primus zu bedenken: „Müssen die Kommunen 2025 eine doppelte Erhöhung vornehmen? Oder stellt der Bund die 150 Millionen jedes Jahr zur Verfügung?“

#### **Drohende Sanierungs-Bremse**

Gebühren-Einnahmen sind für Bürgerinnen und Bürger in Städten und Gemeinden besonders wichtig. Mit ihnen werden Infrastruktur-Maßnahmen für Trinkwasser, Müllentsorgung und Kanal finanziert. „Sollen künftig wegen der Einnahmen-Ausfälle weniger Wasserleitungen saniert werden?“, fragen die Bürgermeister. Der Städtebund Kärnten erwarte sich von der Bundesregierung eine rasche Klärung dieser Frage. Schließlich müssten in den Kommunen wichtige Sanierungs-Entscheidungen für die kommenden Jahre getroffen werden.



### Informationen über den Österreichischen Städtebund

Der Österreichische Städtebund, Landesgruppe Kärnten, ist die kommunale Interessenvertretung von 21 Kärntner Städten und Gemeinden. Mitglieder sind alle Gemeinden mit über 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die kleinste Mitgliedsgemeinde knapp zählt 3.500 Einwohnerinnen und Einwohner. Etwa 59% der Bevölkerung und 75% der Arbeitsplätze Kärntens befinden sich in den Mitgliedsgemeinden. Der Österreichische Städtebund ist Gesprächspartner für die Regierung auf Bundes- und Landesebene und ist in der österreichischen Bundesverfassung (Art. 115 Abs. 3) ausdrücklich erwähnt. Die Mitgliedschaft ist freiwillig.

#### Rückfragehinweis für Medien:

Österreichischer Städtebund, Landesgeschäftsführer Mag. Arnold Muschet

T 0664 60 205 1670, E [arnold.muschet@villach.at](mailto:arnold.muschet@villach.at)